

## GEWERKSCHAFTEN

### Des Armen Rechte

Vor dem Rednerpult des gewerkschaftlichen Bundeskongresses in Berlin stand genau so unübersehbar die Büste des toten Gewerkschafts-Alten Hans Böckler, wie über den SPD-Rednern in Dortmund das Bild Kurt Schumachers gehangen hatte. Aber als die 356 Delegierten ihren neuen Vorsitzenden wählen sollten, da lag der spitze Schatten des radikalen und kompromißlosen Kurt Schumacher auch über der Gewerkschafts-Versammlung.

Im Juni 1951, als vier Monate nach dem Tode Böcklers in Essen ein neuer Mann für die Spitze der Deutschen Gewerkschaften gesucht wurde, da wagte es noch keiner, sich über das hinwegzusetzen, was der alte Böckler im Gespräch geäußert hatte, als er sein Ende nahen fühlte: „Am besten wäre Christian Fette.“ Fette bekam damals 185 Stimmen, 51 enthielten sich, 4 stimmten dagegen, und nur 9 gaben ihr Votum für den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Walter Freitag, ab, obwohl er gar nicht als Kandidat aufgestellt war.

Es hatte sich schon damals herumgesprochen, daß Kurt Schumacher und verschiedene Leute in der sozialdemokratischen Führung viel lieber den radikalen Metallarbeiter Walter Freitag aus dem Ruhrpott an der Spitze der Gewerkschaften gesehen hätten als den konzilianteren Buchdrucker Christian Fette aus der Freien Hansestadt Bremen.

Es war allerdings damals kein offizieller SPD-Vorstandsbeschluss für Freitag gefaßt worden. Denn ein solcher Beschluss hätte die christlichen Gewerkschaftler vermutlich zu einem Mordskrach veranlaßt. Der heutige Deutsche Gewerkschaftsbund hat starke christliche Mitglieder.

Damals in Essen stand vor der Wahl der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, der alte grauhaarige August Schmidt, auf und sagte: Der DGB sei entschlossen, an seiner statuarisch festgelegten politischen Neutralität festzuhalten, und er werde sich deshalb bei der Wahl seiner Funktionäre auch nicht durch die Wünsche prominenter politischer Führer beeinflussen lassen.

So wurde im Juni 1951 Christian Fette Gewerkschaftschef und nicht einer von den großen Bossen aus dem Bundesvorstand in der Düsseldorfer Stromstraße. Das ist erst jetzt, anderthalb Jahre später, unter dem Berliner Funkturm so geworden. Aus den 9 Stimmen, die vor anderthalb Jahren für Freitag gegeben wurden, sind 184 geworden und aus den 185 für Fette 154. Fettes vorsichtiges Ja zu Adenauers Wehrbeitrag und zum Schumanplan und die Tatsache, daß nun das Betriebsverfassungsgesetz doch nicht so geworden ist, wie es die Gewerkschaftsbosse gern gesehen hätten, haben ihm das Genick gebrochen\*).

Nun steht der Remscheider Feilenhauer-Junge Freitag, 63 Jahre alt, der die Werkbank, an der er früher stand, nicht verleugnet, an der Spitze von sechs Millionen Gewerkschaftlern. Als junger Mann demonstrierte er noch gegen das preußische Dreiklassen-Wahlrecht, er diente sich in SPD und Gewerkschaft hoch, und der Sozialismus ist ihm heute noch ein Evangelium. Er ist kein Mann für das Parkett. Die Unbeholfenheit fiel auf, mit der er nach seiner Wahl in Berlin die Geschäfte des Vorsitzenden führte.

\* Mit Fette fiel Vorstandsmitglied Hans vom Hoff, der einen Wehrbeitrag als „Betriebsfeuerwehr“ befürwortet hatte.

Darüber, was im großen zu tun sein wird, wird sich SPD-Bundestagsabgeordneter Walter Freitag freilich keinen Rat zu holen brauchen. Da hat er sich schon geäußert:

- Zum Schumanplan: „Gegen die Durchführung des Plans bestehen ganz erhebliche Bedenken.“
- Zur Zusammenarbeit mit den Unternehmensverbänden: Der Streik der Metallarbeiter in Hessen (im September



„Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun“  
Neuer Gewerkschaftschef Freitag

1952) habe bezweckt, „den Unternehmern demokratische Gesinnung beizubringen“.

Zwei entscheidende Jahre lang wird er dazu Zeit haben, denn für diesen Zeitraum ist er gewählt, und es wird sich zeigen müssen, ob es ihm gelingt, die christlichen Arbeiter im DGB am Zügel gewerkschaftlicher Einheit zu halten. Bei der SPD folgte auf den Starrköpfigen (Schumacher) der als konzilianter Geltende (Ollenhauer). Bei den Gewerkschaften ist es umgekehrt.

Als die Industriegewerkschaft Metall den neuen deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Walter Freitag vor knapp vier Wochen als ihren Chef bestätigte, wurde die Internationale gesungen, deren 2. Strophe heißt:

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.  
Uns aus dem Elend zu erlösen,  
können wir nur selber tun!  
Leeres Wort: Des Armen Recht!  
Leeres Wort: Des Reichen Pflicht!  
Unmündig nennt man uns und Knecht!  
Duldet die Schmach nun länger nicht!  
Völker, höret die Signale! Auf zum letzten  
Gefecht!  
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!“

## REPARATIONEN

### Dein Maul zu halten

Eine laute Schimpfkanonade schreckte den Archivar der griechischen Botschaft in Bonn, Dimitriou, aus seinem Schreibtischsessel. Als er die Tür zum Büro des Botschaftsrates Papadopoulos öffnete, prallte er zurück:

Dort schüttelte gerade der Leiter der griechischen Reparationskommission in der Bundesrepublik, Georg Lavdas, den Bonner Korrespondenten der griechischen Zeitung „Allagi“, Vassos Mathiopoulos, 24, wie einen heimischen Olivenbaum und schrie ihm mit wütender Stimme ins Gesicht: „Ich werde dich schon dazu bringen, dein Maul zu halten!“

Der hohe Beamte habe seine Drohung mit einem Hagel von Faustschlägen und einer Kollektion nicht wiederzugebender levantinischer Kraftausdrücke noch erhärtet, beschwerte Journalist Mathiopoulos sich dann öffentlich in seiner Zeitung.

Der Wirbel um die griechische Reparationskommission, der seit Wochen durch Griechenlands Gazetten fegt und vom Hellespont in die Bonner Botschaft Griechenlands zurückstob, wurde aber weniger von dem geprügelten Mathiopoulos, sondern von dem in Hamburg wohnenden griechischen Geschäftsmann Pascalides, 65, ausgelöst.

Griechenland steht mitten im Wahlkampf. Am 16. November entscheidet sich, ob nach dem Rücktritt des bürgerlich-liberalen Ministerpräsidenten Plastiras sein von US-Botschafter John Edward Peurifoy protegierter rechtsradikaler Gegner, Feldmarschall Papagos, die Macht im Staate übernehmen wird.

Papagos-Anhänger Pascalides, der seit über dreißig Jahren in Deutschland lebt und sich politisch nur vorübergehend nach 1945 — als sehr redlicher Bürgermeister des Ostseebades Timmendorfer Strand — betätigte, warf als guter Patriot eine brisante „Bombe“ in den politischen Machtkampf in Griechenland.

In aufsehenerregenden Artikeln beschrieb er — aus eigener Anschauung und Verärgerung — die dunklen Geschäfte der regierungsamtlichen griechischen Reparationskommission in Westdeutschland. Diese Enthüllungen veranlaßten dann die Papagos feindlichen Regierungsparteien, ebenfalls gegen die Reparationskommission vom Leder zu ziehen — schon um den Papagos-Leuten den Propagandawind aus den Wahlsegeln zu nehmen.

Diese späte Abrechnung besorgte der in Bonn akkreditierte Auslandskorrespondent der bis vor kurzem noch regierungsamtlichen Zeitung „Allagi“, Journalist Vassos Mathiopoulos.

So gerieten die bis dahin unangefochtenen griechischen Reparations-Kommissare, vor allem aber Oberkommissar Lavdas, plötzlich in das Kreuzfeuer zweier politischer Fronten.

Diese Reparationskommission war bis vor kurzem für Abtransport und Verkauf des im Hamburger Freihafen lagernden Reparationsgutes für Griechenland verantwortlich. Es handelte sich um:

- 30 000 Tonnen wertvollen Maschinenmaterials, darunter mehrere große Walzenstraßen, eine größere Anzahl von Werkzeugmaschinen, Kranteilen, Gießerei- und Farbenfabrikeinrichtungen.

Das gesamte Wiedergutmachungsmaterial wurde vor etwa vier Jahren größtenteils aus dem Ruhrgebiet nach Hamburg geschleust und dort zunächst in Schuten eingelagert. Erst 1949 wurden die inzwischen verrosteten wertvollen Industrieausrüstungen in die 30 000 Quadratmeter großen Hal-

len der MAN am Hamburger Hachmannkai gebracht.

1950 schwammen dann endlich 11 500 Tonnen demontierter Maschinen nach Piräus. Die restlichen 18 500 Tonnen verrotteten und blockierten bis vor wenigen Wochen den Aufbau eines Hamburger Zweigwerkes der MAN, obwohl Hamburgs Erster Bürgermeister, Max Brauer, dagegen heftig protestierte.

Während die Reparationskommissionen aller anderen Staaten schon vor zwei Jahren die Bundesrepublik verließen, blieben Reparations-Kommissar Georg Lavdas und seine Missionsangehörigen weiterhin in Bonn und Hamburg.

Als Gründe dafür gab Wahlbombenwerfer Mathiopoulos nicht nur die hohen Gehälter der Reparationsmissionare und ihres Gefolges an \*), sondern auch noch „Hintergründe“:

**Den ersten Skandal** gab es vor zwei Jahren beim Abtransport der 11 500 Tonnen Maschinenmaterials nach Piräus. Obwohl damals viele griechische Schiffe ohne Order vor Anker lagen, habe — so schrieb Mathiopoulos — die Reparationskommission ausländische Schiffe gechartert — trotz wesentlich höherer Frachtsätze.

Dieses unkommerzielle Verhalten wurde bei den Verkaufsverhandlungen des Demontage-Gros noch verdächtiger. 16 000 Tonnen westdeutscher Industrieausrüstungen wurden inzwischen ausschließlich an die halbstaatliche britische „Iron and Steel Corporation“ (die dem während des Krieges geschaffenen „Ministry of Supply“ in London untersteht), abgetreten, obwohl dafür nur ein besserer Schrottpreis von 60 Dollar je Tonne gezahlt wurde.

Dabei überboten sich etwa zwölf Firmen, darunter fünf westdeutsche, in ihren freiwilligen Preisofferten für dieses Kontingent. Auch der Hamburger Papagos-Mann Pascalides agierte damals als Vertreter schwedischer und amerikanischer Firmen und erklärte, daß er weit mehr bieten könne.

Die Hamburger Firma Herbert F. Bartels versuchte durch ihre besonderen Beziehungen über den Vater der griechischen Königin Friederike, den Welfenherzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, ihre Höchstangebote durchzusetzen. Darüber weiß Schrotthändler Jüttner, in Firma Herbert F. Bartels, genau Bescheid:

„Wir trafen den Herzog im Hotel „Regina“ in Hannover und kamen überein, seiner Tochter, der griechischen Königin Friederike, 20 000 Dollar für ihren Sozialfonds zu stiften. Außer der guten Bezahlung wollten wir auch noch neue Mittelbleche gegenliefern, wenn wir — durch die Vermittlung des Welfenhauses — den Zuschlag bekämen.“

Aber auch dieser persönliche dynastische Kontakt blieb ohne Zündfunken. Die 16 000 Tonnen schweren Werkzeugmaschinen und die Mittelblech-Wälzenstraße aus dem Ruhrgebiet wurden mit Schneidbrennern zerschnitten und dann als billiger Schrott nach England verfrachtet.

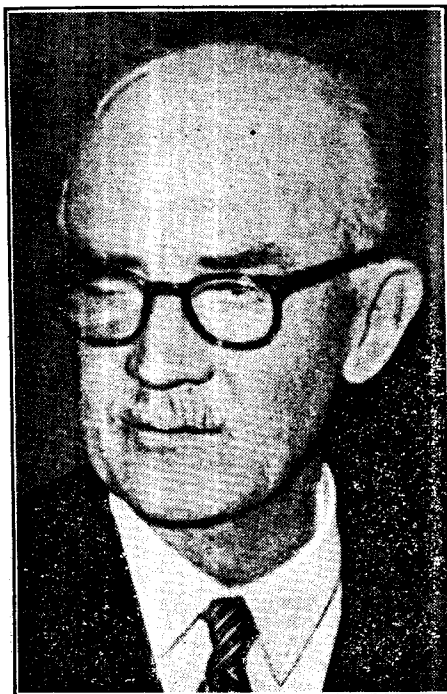
Zum Skandal wurde dieser Ausverkauf aber erst, als der Mailänder Kommerzienrat Calascibetta Beschwerdebriefe an das griechische Außenministerium und an den inzwischen abgerufenen griechischen Botschafter in Bonn, Dimitri Pappas, richtete:

Er habe als Agent für die Fiat-Werke in Turin 96 Dollar je Tonne Demontage-Material bezahlen wollen und könne nicht begreifen, warum Reparations-Kommissar

Lavdas nicht ihm, sondern wiederum den Engländern — trotz ihres viel geringeren Gebotes — den Zuschlag erteilt habe.

Immerhin ist anzuerkennen, daß nach diesem heftigen Pressekampf und Protestkrieg zu guter Letzt noch 2000 Tonnen Demontage-Material an die ehemaligen Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter verkauft worden sind, nachdem schon im vergangenen Jahr ein demontierter Hochofen nach Salzgitter zurückgeliefert worden war.

Trotzdem will die inzwischen aufgewachte griechische Regierung — kurz vor den Wahlen — ihre ohnehin liquidations-



Wenn wir den Zuschlag bekämen  
Mittler Ernst-August von Braunschweig

reife Reparationskommission jetzt peinlich durchleuchten. Die auffallende England-Freundlichkeit des Herrn Lavdas habe Griechenland mehr als zweieinhalb Milliarden Drachmen (700 000 Mark) gekostet, schrieb die Regierungszeitung „Allagi“.

Die Beweggründe dafür soll jetzt der nach Bonn delegierte Präsident des Obersten griechischen Gerichtshofes, Ntais, untersuchen. Reparations-Kommissar Georg Lavdas ist in die Schweiz abgereist; man erwartet, daß er sich noch diese Woche in Bonn zurückmeldet.

## NOTSTAND

### Wir wollen Garnisonen

Eine Frage, deren Erörterung vor nicht allzu langer Zeit noch unweigerlich vor ein alliiertes Militärgericht geführt hätte, beschäftigt nun schon seit über einem Vierteljahr die 3750 Wahlberechtigten des badischen Städtchens Walldürn (an der Bahnstrecke Seckach—Milteneben):

- Soll sich der Ort um eine Garnison kommender deutscher Soldaten bemühen?

Die Erörterung der Frage hält nun schon monatelang in Walldürn eine mißtrauische Unruhe wach und führte im Stadtrat zu dem Antrag, über dieses Problem möge ein Volksentscheid der Walldürner veranstaltet werden.

Am 8. Juli 1952 wurde der Komplex erstmals angerührt, und zwar in einem Artikel der „Fränkischen Nachrichten“,

der in zwei Teilen erschien und die Überschrift trug: „Zur Frage der Errichtung neuer Garnisonen“ — „Badisches Hinterland muß ernstlich prüfen, ob es daran seinen Anteil fordert.“

Der erste Teil dieses Artikels in der Nr. 154 der „Fränkischen Nachrichten“ war mit keinem Namen unterzeichnet. Die Redaktion hatte in einem Vorwort lediglich gesagt, es handle sich um den Beitrag „eines Kommunalpolitikers unserer Gegend“, dessen Ansicht sich nicht notwendig mit dem Standpunkt der Redaktion decken müsse. Das Rätsel, wer wohl dieser Kommunalpolitiker sein möge, wurde mit dem Erscheinen der Nr. 155 etwas gelüftet. Da stand am Schluß des Artikels „Tr.-W.“. Das sollte heißen: Trautmann, Walldürn. Dr. Arthur Trautmann, 58, ist Erster Bürgermeister dieses Städtchens, mit Stimmenmehrheit als Kandidat der Sozialdemokratie am 12. April 1948 gewählt.

Was Sozialdemokrat Trautmann zur Frage der Errichtung neuer Garnisonen zu sagen hatte, vermied peinlich, auf die grundsätzliche politische Seite der Angelegenheit einzugehen. Im Auge hatte Bürgermeister Trautmann vielmehr die miserable wirtschaftliche Lage seines Städtchens.

Walldürn, 409 m ü. d. M., ist Mittelpunkt des „badischen Sibirien“, wie das Hinterland von der Bevölkerung genannt wird, von dem die Fama geht, wenn Beamte strafversetzt würden, dann kämen sie dorthin. Die Industrie wagte sich nur selten in diese abseitige Gegend, und das Stadtsäckel füllte sich nur mühsam am Umsatz der Wachsblumen-Heimindustrie und den alljährlichen Wallfahrten zur Wallfahrtskirche zum Heiligen Blut.

Alle friedlichen Mittel zur Hebung des Walldürner Lebensstandards hatte Trautmann erschöpft.

Und so zählte er in den „Fränkischen Nachrichten“ auf, welche ungeahnten Vorteile doch der Soldatenstand einer so stiefmütterlich behandelten Stadt wie Walldürn bringen könnte:

- Die Neuerstellung von Kasernen, Wohnungen für Offiziere und Unteroffiziere, Lager und Schuppen, hilft der Bauindustrie auf die Beine.
- Der Verkauf von Konsum- und Genußgütern erhöht die Umsätze der Geschäftswelt in den Garnisonsorten (in seiner Rechnung legt Trautmann eine Monatspauschale von 100 Mark für jeden Soldaten zugrunde, was bei 1000 Mann schon einen Monatsbetrag von 100 000 Mark ergäbe).
- Die Straßen- und die Bahnanlagen müßten ausgebaut werden, und Walldürn käme endlich zu dem 12 km langen Bahnverbindungsstück Königheim — Tauberbischofsheim, für das sonst 78 km Umweg gefahren werden müssen.
- Die Mädchen hätten die Chance, einen Lebenskameraden „unter den jungen Soldaten aller Rangstufen“ zu finden.
- Die Soldaten wären stets in Bereitschaft, um in Notzeiten (Großbrände, Ernte) der Bevölkerung zu helfen.

Sozialdemokrat Trautmann, Leutnant und EK-I-Träger des ersten Weltkrieges, in dessen Bürgermeisterstube ein Bild „Vorpostengefecht badischer Dragoner und preußischer Husaren in Walldürn am 23. Juli 1866“ auf die militärische Tradition seines Ortes hinweist, befaßte sich freilich nicht erst seit seinem Artikel in den „Fränkischen Nachrichten“ mit den kommunal-wirtschaftlich positiven Auswirkungen eines kommenden deutschen Wehrbeitrages.

Schon als im Jahre 1950 die Dienststelle Blank in Bonn anfang, von sich reden zu

\*) In der Regierungszeitung „Allagi“ war zu lesen, daß einige mit subalternen Aufgaben bei der Reparationskommission beschäftigte griechische Abiturienten mit 400 Dollar im Monat besoldet wurden. Darüber regten sich dann die griechischen Berufs-Konsuln auf, die auch nicht mehr Gehalt bekommen. Der Portier des Herrn Lavdas sei mit 700 Mk. monatlich dotiert worden.